

---

Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat;  
Einrichtung einer Koordinationsstelle gegen rechtsextreme Aktivitäten  
Regelmäßige Information der Stadtratsfraktionen

KSD 20080697

Frau Oberbürgermeisterin  
Dr. Eva Lohse  
Postfach 21 12 25

67012 Ludwigshafen

---

## **Die Grünen im Rat**

**Dr. Bernhard Braun** Fraktionsvorsitzender  
**Monika Kleinschnitger** stellv. Fraktionsvorsitzende  
**Ingrid Frühauf** stellv. Fraktionsvorsitzende  
**Elmar Strifler**

Postfach 21 05 23  
67005 Ludwigshafen

Geschäftsstelle:  
Hartmannstraße 20  
67059 Ludwigshafen

Telefon: 0621/ 52 30 23  
Telefax: 0621/ 52 30 22  
E-Mail: [fraktion@gruene-lu.de](mailto:fraktion@gruene-lu.de)

Ludwigshafen, den 28.11.08

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung vom 08.12.2008 zu nehmen:

### **Einrichtung einer Koordinationsstelle gegen rechtsextreme Aktivitäten Regelmäßige Information der Stadtratsfraktionen**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung richtet eine Koordinationsstelle zur Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten in Ludwigshafen ein. Die im Stadtrat vertretenen Fraktionen werden über die Arbeit dieser Stelle regelmäßig informiert.

Begründung:

In Ludwigshafen steigt die Zahl der rechtsextremen Aktivitäten. Im Stadtteil Süd und in Friesenheim wurden Läden eröffnet, in denen Konsumgüter aus dem rechtsextremen Umfeld verkauft werden, vor allem Musik und Kleidung. Mitte November kam es zu Übergriffen von Rechtsextremen bei einer Informationsveranstaltung in der Fachhochschule Ludwigshafen. Aufkleber und Werbematerial der rechten Szene werden im Ludwigshafener Stadtbild immer häufiger.

Offensichtlich organisiert sich die rechtsradikale Szene im gesamten Rhein-Neckar-Raum, vor allem das Aktionsbündnis Rhein-Neckar ist hier aktiv, das landes- und bundesweit eng mit der NPD vernetzt ist. Der Pressesprecher der NPD Rheinland-Pfalz bekräftigte in einem Interview mit dem SWR die „strategisch wichtige Rolle“ des Ladens in Ludwigshafen-Süd. Dem Aktionsbündnis wird eine starke Infrastruktur und ein hoher Mobilisierungsgrad zugestanden.

Dieser neue Grad an rechtsextremen Aktivitäten braucht neue Lösungsansätze in der Information und der Bekämpfung, daher ist eine Koordinierung der Aufklärungsarbeit und die Bekämpfung rechtsextremer und volksverhetzender Aktivitäten über die Stadt hinaus notwendig. Eine Koordinationsstelle kann sowohl die notwendigen Maßnahmen in der Stadt als auch im Rhein-Neckar-Raum wirkungsvoller werden lassen, indem sie als Informationsstelle für Bürgerinnen und Bürger dient und als Bindeglied zu Schulen und Betrieben für präventive Maßnahmen wirbt.

Dr. Bernhard Braun  
Fraktionsvorsitzender